

Eine britische Studie prophezeit unaufhaltsamen Aufstieg Chinas

Wachstum geht anders

Als Henry Ford 1903 Geldgeber für seine Autofabrik suchte, fand er nur wenige, weil das Auto angeblich keine Zukunft hatte. Die Zukunft, lauteten die Prognosen der Fachleute, gehöre Kutschen, Pferden und der Eisenbahn. Deshalb müßten in allen amerikanischen Städten immer mehr Pferdeställe, Wassertränken, Haferspeicher, Bahnhöfe und Kohlenlager gebaut werden. Das Auto sei ein Spielzeug für Millionäre, die breite Masse würde auch in 100 Jahren noch mit dem Landauer fahren.



VON
**MARKUS
BRANDSTETTER**

»China ist von Exporten in jene Länder abhängig, die es laut Cebr übertreffen soll.«

So daneben liegen viele Prognosen, die dadurch zustande kommen, daß ihre Autoren von der Vergangenheit auf die Zukunft schließen, also das, was heute ist, mit irgendeinem Faktor multiplizieren und dann sagen: So wird die Zukunft werden. Dieses Gefühl, daß Vergangenheit und Gegenwart eher platt und linear in die Zukunft fortgeschrieben wurden, bekommt auch, wer den „World Economic League Table Report“ des britischen Centre for Economics and Business Research (Cebr) liest.

Was da nicht alles vorhergesagt wird: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von China werde das der USA im Jahr 2028 übertreffen, dasjenige Indiens werde das BIP Japans im selben Jahr einholen. Und: Großbritannien werde 2030 wirtschaftlich vor Deutschland liegen und nach den USA die zweitgrößte Volkswirtschaft des Westens sein. Überhaupt wird es mit den Schwellenländern bis zum Schicksalsjahr 2028 mit Siebenmei-

lenstiefeln nach oben gehen. China ist dann die größte und leistungsstärkste Volkswirtschaft der Welt, Indien die Nummer drei, Mexiko die Nummer neun, die Türkei hat Frankreich überholt und liegt auf Platz zwölf, während Nigeria, Ägypten, der Irak und die Philippinen unter den 30 größten Industrienationen der Welt rangieren.

Doch die 22 Cebr-Forscher um Douglas McWilliams (Gresham Professor of Commerce) ignorieren völlig, daß die Größe und Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft nicht durch die Bevölkerungsanzahl und auch nicht durch ihr heutiges Wachstum bestimmt wird, sondern maßgeblich durch Know-how, Patente, Technik, Erfahrung, erstklassige Universitäten, eine gut ausgebildete Bevölkerung, einen unternehmerischen Mittelstand, faire rechtliche Rahmenbedingungen, eine stabile Demokratie und ganz allgemein die Kultur eines hochentwickelten Industriestaates. Wirtschaftswachstum spielt sich nicht im luftleeren Raum ab.

China, Südkorea oder Mexiko sind vollkommen von Exporten in genau die Länder abhängig, die sie laut Cebr-Studie bald übertreffen sollen. Chinesen und Inder verfügen zwar über jede Menge zugekaufter Technik, aber selbst erfunden und entwickelt haben sie in den vergangenen Jahrzehnten kaum etwas, von Ägypten, Nigeria oder dem Irak ganz zu schweigen. Wachstum geht anders!

► www.cebr.com/reports/world-economic-league-table-report/

Erosion des Sozialstaats

EU-Binnenmarkt: Deutschland muß Arbeitnehmerfreizügigkeit gewähren und Armutswanderung verhindern



Bettlerin auf der Brühlschen Terrasse in Dresden: Die Qualifikation der Neuzuwanderer hat sich seit dem EU-Beitritt 2007 verschlechtert

Armutsmigration aus Balkanländern

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) prognostiziert in einer aktuellen Studie, daß die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien von 71.000 Personen (2012) in diesem Jahr auf 100.000 bis 180.000 ansteigen könnte. Gleichzeitig sinkt die Qualifikation der Neuzuwanderer stetig: Bereits 2010 ist der Anteil der Hochschulabsolventen von 66 Prozent (2005) auf 25 Prozent gesunken. 40 Prozent verfügten 2010 über eine Berufsausbildung. Der Anteil der Neuzuwanderer ohne Berufsabschluß stieg hingegen von 12 auf 35 Prozent. „Auffällig ist insbesondere der starke Anstieg der Saisonar-

beitskräfte von 92.000 im Jahr 2009 auf 101.000 Personen im Jahr 2010 und auf 186.000 Personen im Jahr 2011“, so das IAB. Dieser Personenkreis stammt fast ausschließlich aus Rumänien. Hier gemeldete bulgarische und rumänische Bürger seien bislang mit 9,6 Prozent in geringerem Umfang von Arbeitslosigkeit betroffen als der Durchschnitt der ausländischen Bevölkerung in Deutschland (16,4 Prozent).

Analyse „Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien – Arbeitsmigration oder Armutsmigration?“, IAB Kurzbericht 16/13: ► doku.iab.de/kurzber/2013/kb1613.pdf

DIRK MEYER

Zu Jahresbeginn war es soweit: Die verbliebenen Zugangsbeschränkungen zu den EU-Arbeitsmärkten entfielen für Bürger Rumäniens und Bulgariens. Das könnte die Zuwanderung Geringqualifizierter erhöhen und die Arbeitsmarktspannungen auch in Deutschland verschärfen. Denn hohe Sozialstandards in einzelnen EU-Ländern bieten Anreize für eine anhaltende Binnenarmutswanderung. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes wird die Arbeitslosigkeit bei den Zuwanderern noch befördern, da den Minderqualifizierten die Lohnflexibilität verwehrt wird. Seit ihrem Beitritt 2007 sind etwa eine Million Bürger aus den beiden Balkanländern nach Italien und 900.000 nach Spanien zugewandert. Deutschland verzeichnete nur 209.000 Zugzüge aus Rumänien und 121.000 aus Bulgarien.

Vor dem EU-Beitritt, im Jahr 2005, belief sich der Anteil der Hochschulabsolventen an den Neuzuwanderern aus Rumänien und Bulgarien auf etwa zwei Drittel (Greencard-Regelung), während der Anteil derer ohne Berufsausbildung nur etwa ein Achtel betrug. Auch nach dem Beitritt fanden weiter Zehntausende aus den beiden Balkanländern eine Arbeitsstelle in Deutschland. Darunter waren auch viele Ärzte, die von deutschen Krankenhäusern mit offenen Armen empfangen wurden. Lediglich die oftmals erbärmlichen Deutschkenntnisse bereiten laut Angaben des Deutschen Ärztestags Probleme. 2010 verfügten nur noch 25 Prozent der Neuzuwanderer über einen Hochschulabschluß, 35 Prozent hatten keine Ausbildung.

Falsche Weichenstellungen auf EU-Ebene erfolg

In den vergangenen drei Jahren hat sich parallel zu den insgesamt positiven Erfahrungen jedoch in einigen Ruhrgebietsstädten oder in Berlin eine völlig andere Entwicklung vollzogen: Es sind soziale Brennpunkte durch zugezogene Sinti- und Roma-Familien entstanden. Über ihren Anteil an der Zuwanderung nach Deutschland „liegen keine Daten vor, weil die Wanderungsstatistik nicht nach ethnischen Gruppen unterscheidet“, gesteht das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ein. Neben den Problemen eines friedlichen Zusammenlebens kommen auf die Kommunen erhebliche Mehrbelastungen durch Unterbringung, Krankenbeihilfe oder Notschlafstellen zu. Mannheim etwa rechnet langfristig mit Kosten von sieben Millionen Euro pro Jahr. Ähnlich wie in England werden deshalb auch bei uns Forderungen laut, den Zugang zu Sozialleistungen für Zugewanderte zu erschweren.

Auf EU-Ebene sind diese Probleme zwei grundlegend falschen Weichenstellungen geschuldet: Erstens wurden mit Rumänien und Bulgarien Länder aufgenommen, die nur knapp die Hälfte des EU-Bruttoinlandsproduktes pro Kopf erzielen. Zweitens lassen sich nicht alle Bedingungen einer EU-Sozialunion gleichzeitig erfüllen: Sozialstaatsprinzip in den reicheren Mitgliedstaaten – Recht auf freie Wohnsitzwahl/Freizügigkeit – Prinzip der Nichtdiskriminierung/soziale Inklusion für alle EU-Bürger. De facto wirken die leistungslosen Sozialaleinkommen als Mindestlöhne mit ent-

sprechenden Anreizen für die Zuwanderung. Ein Freiheitsrecht muß deshalb beschränkt werden. Ansonsten drohen eine Überforderung der Sozialbudgets und die Erosion des Sozialstaates.

Die Rechtslage bestimmt maßgeblich der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV): Aus der Unionsbürgerschaft (Artikel 18 ff.) ergibt sich einerseits ein Teilhaberecht, andererseits ein Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit. Hinzu tritt die Arbeitnehmerfreizügigkeit als wesentliches Binnenmarktpinzip (Artikel 45). Konkretisierungen erfahren diese Grundsätze weiter durch die Freizügigkeitsrichtlinie (2004).

Die Rahmenbedingungen müssen verändert werden

Hiernach sind Freizügigkeit und Aufenthalt bis zu drei Monate für alle EU-Ausländer vorbehaltlos zu gewähren (Artikel 6). Einen Anspruch auf steuerfinanzierte Sozialleistungen bedingt dies nicht, er kann aber durch nationale Regelungen gewährt werden. Hieraus erwächst eine Rechtsunsicherheit, wie ein Urteil des Landessozialgerichts NRW, (L6AS130/13) verdeutlicht. Ein Recht auf Aufenthalt für mehr als drei Monate ist an die Ausübung einer abhängigen oder selbständigen Tätigkeit oder den Nachweis ausreichender Existenzmittel und eines Krankenversicherungsschutzes geknüpft. Problematisch sind hierbei die angemessene Festsetzung von Existenzmitteln sowie eine Arbeitslosmeldung nach kurzer Beschäftigungszeit.

Während des Aufenthaltes gilt nämlich ein Grundsicherungsanspruch sowie gegebenenfalls ein Leistungsanspruch aus den beitragsfinanzierten Versicherungssystemen. Die Inanspruchnahme von Sozialleistungen führt nicht mehr automatisch zur Abschiebung, insbesondere wenn die Arbeitssuche glaubhaft nachgewiesen wird (Artikel 14). Nach fünfjährigem Aufenthalt wird das Recht auf Daueraufenthalt ohne weitere Voraussetzungen erworben (Artikel 16).

Mit dem Ziel, die soziale Sicherung weiterhin ohne „Trittbrettfahrer“ in die Verantwortung der Mitgliedstaaten zu legen, dabei jedoch die Freizügigkeit zu gewährleisten, wurde 2001 vom wissenschaftlichen Beirat des Bundesfinanzministeriums und dem Ifo-Institut ein zweistufiges Integrationsmodell vorgeschlagen. Um nicht gegen das Diskriminierungsverbot zu verstoßen, mußte diese verzögerte Integration im EU-Recht festgeschrieben werden. Zuwandernde Erwerbstätige unterliegen der Steuer- und Abgabepflicht des Gastlandes. Im Gegenzug erhalten sie alle beitragsfinanzierten Sozialleistungen und Zugang zur öffentlichen Infrastruktur.

Hinsichtlich aller steuerfinanzierten Sozialleistungen (Grundsicherung, Wohn-, Kinder-, Elterngeld) gelten während einer Karenzzeit von beispielsweise fünf Jahren Beschränkungen. Diese wären auch für alle zugewanderten Nichterwerbstätigen, also auch Familienangehörige, anzuwenden. Gemäß dem Herkunftslandprinzip würden jedoch Ansprüche auf Leistungen des Heimatlandes fortbestehen. Damit bleibt die Erkenntnis: Migration kann Quelle des Wohlstands sein – wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. In seinem jüngsten Buch „Euro-Krise: Austritt als Lösung?“ (Lit Verlag 2012) analysiert er Alternativen zur Euro-Rettungspolitik.

Ökostrom-Ausbau soll neue Milliardenschulden rechtfertigen

Rückwärts nimmer

Von Jörg Fischer

Für uns gilt die in der Gründerzeit der DDR geprägte Losung: Vorwärts immer, rückwärts nimmer! Damit bewies Erich Honecker wenige Tage vor seinem Rücktritt seinen völligen Realitätsverlust. Ein Vierteljahrhundert feiert die SED-Parole wieder fröhliche Urständ – zumindest wenn es ums Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) geht. Da im Koalitionsvertrag Bestandsschutz für Altanlagen und Vertrauensschutz für „getätigte und in der Realisierung befindliche Investitionen“ vereinbart wurde, müssen weiterhin 20 Milliarden Euro jährlich – Tendenz steigend – für die Betreiber von Solar-, Windkraft- und Biogasanlagen aufgebracht werden.

Doch woher nehmen, wenn Bürger und jene Firmen, für die Lobbyisten keine Ausnahmeregelungen auskugelten, nicht mehr die Traumrenditen der Ökostromlieferanten bezahlen wollen? Warum nicht von den Euro-Politikern lernen und mit neuer Milliardenverschuldung das „alternativlose“ Projekt EEG retten? Das sagten sich Ex-Umweltminister

Klaus Töpfer (CDU) und Günther Bachmann, Generalsekretär des Nachhaltigkeitsrats, und schlugen vor: „Die Übertragung von Zahlungsverpflichtungen des EEG in einen Altschuldenfonds ließe die Innovationskosten zukünftig nicht mehr auf der Stromrechnung auftauchen.“

Oder auf gut deutsch: Die EEG-Kosten verschleiern, indem die Ökostromrenditen per Kredit finanziert werden. Die bayrische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) griff die Idee nun auf – mit dem feinen Unterschied, daß nicht die Steuerzahler, sondern wie bisher die nicht befreiten Stromkunden den EEG-Fonds in der Zukunft tilgen sollen. Ihr Chef Horst Seehofer lehnte den EEG-Fonds umgehend ab, der zuständige Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) sagte immerhin eine Prüfung zu. Die Zeit drängt. Bis Ostern soll laut Koalitionsvertrag eine grundlegende EEG-Reform vorliegen.

„Kostenschnitt für die Energiewende“:
► www.nachhaltigkeitsrat.de/dokumente

Ihr Bestellschein
JF-Buchdienst · Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin
Fax: 030 - 86 49 53 - 40 · Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:

| Expl. | Bestell-Nr. | Autor/Kurztitel | Euro |
|-------|-------------|-----------------|------|
| | | | |
| | | | |
| | | | |

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse: Kundennummer:
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen! (falls zur Hand)

Vorname/Name:

Straße/Nr. (kein Postfach):

PLZ/Ort:

Telefon: E-Post:

Datum/Unterschrift:

Deutschland-Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,20. Postales Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen.

JF BUCHDIENST
JUNGE FREIHEIT Medienversand

gehen Sie online:
jf-buchdienst.de

Detlev S. Schlichter
Das Ende des Scheins
Warum auch unser Papiergeldsystem zusammenbricht

Ein brillanter Ökonom legt die Wurzeln der Finanzkrise frei: Das Problem ist nicht der Euro, sondern das Papiergeld selbst. Alle Papiergeldsysteme sind gescheitert und im Chaos versunken. Die fulminante Analyse wurde mit dem getAbstract International Book Award 2012 ausgezeichnet.
360 S., geb.

Best.-Nr.: 92118 **EUR 24,95**

F. William Engdahl
Es klebt Blut an euren Händen
Die geheimen Machenschaften der Öl-Multis

Viel Blut für Öl. Ging es früher nur um Versorgungswege, so wird seit den Golfkriegen um den direkten Zugang zum schwarzen Gold gerungen. Die Kämpfe werden sich noch verschärfen! Eine packende Geschichte des brutalen Kampfes der Global Player um die ökonomische Welt Herrschaft.

306 S., geb.
Best.-Nr.: 92171 **EUR 24,99**

Abbildungen können vom Original abweichen!

Max Otte
Stoppt das Euro-Desaster!
Verwirren Sie die immer neuen Thesen zur Euro-Krise? Dann sollten Sie Ottes Streitschrift lesen. Präzise erläutert der Wirtschaftswissenschaftler, wie es zur Krise kam und warum nicht die Griechen, sondern Politiker, Banken, Finanzdienstleister und Milliardäre die Schuld tragen. Völlig unterschiedliche Währungssysteme wurden aus ideologischen Gründen zusammengezwungen, obwohl sich das EWS bewährt hatte.
47 S., Pb.

Best.-Nr.: 91256 **EUR 3,99**

Viktor Mayer-Schönberger, Kenneth Cukier
Big Data
Die Revolution, die unser Leben verändern wird

Noch nie gab es solche Mengen an Daten, und noch nie bot sich die Chance, durch Recherche und Kombination blitzschnell Zusammenhänge zu entschlüsseln. Es zeigen sich ungeheure Möglichkeiten und Risiken. Vor welchen Umwälzungen stehen wir?
300 S., geb.
Best.-Nr.: 92141 **EUR 24,99**

Wilhelm Hankel
Die Euro-Bombe wird entschärft
Der Euro droht Europa zu sprengen, statt es zu vereinen. Es brennt allenthalben im Euro-Land. Lösversuche lassen schon jetzt erkennen, daß am Ende ein gigantischer „Wasserschaden“ in Form von Inflation und Werteverlust droht. Wilhelm Hankel war der Euro-Skeptiker der ersten Stunde, weil er als Währungsexperte die kommenden Gefahren kannte. Darum ist er heute auch in der Lage, den Königsweg aus der Krise zu weisen.
176 S., geb.
Best.-Nr.: 91891 **EUR 19,99**

Hans-Olaf Henkel
Die Euro-Lügner
Unsinnige Rettungspakete, vertuschete Risiken – So werden wir getauscht

Was ist die wahre Agenda der „Euro-Retter“? Hans-Olaf Henkel benennt die Schwachstellen der „alternativen“ Rettungspolitik und weist Wege aus der Krise. Er nutzt seine persönlichen Einblicke hinter die Kulissen der europäischen Finanzpolitik, um die Wahrheit von der Propaganda zu trennen.
272 S., geb.
Best.-Nr.: 92040 **EUR 19,99**

Martin Hellwig, Anat Admati
Des Bankers neue Kleider

Was bei Banken wirklich schief läuft und was sich ändern muß.

Wer bezahlt, wenn wieder eine Bank aus dem Ruder läuft? Sparer und Steuerzahler! Trotzdem schaffen es die Bankmanager immer wieder, sich strengeren Reglements zu entziehen. Anat Admati und Martin Hellwig zeigen, wie das Bankensystem sicherer gestaltet werden könnte.
528 S., geb.
Best.-Nr.: 92126 **EUR 24,99**